



Sitzungsvorlage

Nr.:	68/2006
ausgefertigt am:	18.04.2006
Fachamt:	Schulen und Kulturverwaltung
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Schulausschuss– Kreisausschuss– Kreistag

Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen im Landkreis Cuxhaven hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.10.2005 und Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 04.04.2006

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.10.2005 wurde bereits mit den Sitzungsvorlagen Nrn. 239/2005 und 292/2005 im Kreisausschuss behandelt. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 19.12.2005 dem Kreistag empfohlen, die Beschlussfassung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Ganztagschulen im Landkreis Cuxhaven zu vertagen. Der Kreistag hat daraufhin diesen Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 20.12.2005 nicht beraten. Eine Entscheidung über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion steht demnach noch aus.

Mit Schreiben vom 04.04.2006 stellt die CDU-Kreistagsfraktion nunmehr folgenden Änderungsantrag zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion:

1. „Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in der Schule für geistig Behinderte, Schule Am Wiesendamm in Bad Bederkesa, und die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Ganztagschulen im Landkreis Cuxhaven werden aufgehoben.
2. Die Gebühr wird ersetzt durch einen Kaufpreis, den die Schülerinnen und Schüler für Mittagessen und Getränke zu bezahlen haben. Die Höhe des Preises orientiert sich an dem Einkaufspreis für das angelieferte Mittagessen und die Getränke. Um die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu stärken, führen die Schulleitungen Vertragsverhandlungen mit den Essensanbietern unter Mitwirkung des Landkreises. Der Landkreis wird Vertragspartner. Der Preis für die Mittagsverpflegung wird von der Schulleitung festgelegt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter sind verantwortlich für einen den Einkauf deckenden Preis. Einen Zuschuss des Landkreises für den Wareneinkauf gibt es nicht. Der Landkreis trägt die Personal- und die Sachkosten.

Diese Regelung soll für die Ganztagschulen und die Schule Am Wiesendamm gelten.

Begründung erfolgt mündlich.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit der angestrebten Regelung würde die Organisation der Mittagsverpflegung weitgehend in die Hände der Schulen gegeben. Der Landkreis würde einem Essensanbieter die Möglichkeit geben, in den Räumen der Schule eine Mittagsverpflegung anzubieten und Personal für die Essensausgabe bereitstellen. Nur die Überlassung der Räumlichkeiten kann Gegenstand eines Vertrags zwischen dem Essensanbieter und dem Landkreis sein. Der Essenspreis würde allein vom Essensanbieter in Abstimmung mit der Schulleitung festgelegt. Wenn diese sich nicht einigen, könnte der Landkreis den Vertrag mit dem Anbieter auf Bitte der Schule kündigen oder nicht verlängern.

Unter diesen Voraussetzungen ist eine Satzung für die Erhebung von Gebühren für die Mittagsverpflegung nicht notwendig. Insoweit bietet sich eine Aufhebung der jetzigen Satzung an.

Bielefeld